

1. öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 11.09.2019

Geänderte Empfehlung des Ausschusses

TOP: Antrag Stadtrat Gunter Walther Ausrufung des Klimanotstandes in Weißenfels

Herr Walther, als Antragsteller, begründet den vorliegenden Antrag ausführlich. Nach seinen Ausführungen haben viele Städte der alten Bundesländer den Klimanotstand bereits ausgerufen.

Der Antrag basiert auf der Grundlage der Anträge aus den Städten Konstanz und Magdeburg und stützt sich auf den Art. 20a des Grundgesetzes.

Die im Antrag formulierten Aufgaben betrifft dabei nicht nur den Umweltausschuss sondern auch den Stadtentwicklungsausschuss.

Herr Schmidt, Fachbereichsleiter IV geht kurz auf die Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern ein. Auch wurde bereits die Umstellung der Betriebsfahrzeuge des Bauhofes auf E-Antrieb geprüft. Als Ergebnis ist dabei festzustellen, dass dies nicht aufgrund der hohen Anschaffungskosten sowie der niedrigen Akkulaufzeit, nicht wirtschaftlich ist.

Bzgl. der Straßenbeleuchtung informiert er, dass die LED-Umstellung im kompletten Stadtgebiet in Arbeit ist.

Nach Meinung von Herrn Klitzschmüller muss der Stadtrat überlegen, ob dieser Beschluss gefasst werden soll. Ein Beschluss hierzu hätte Auswirkung auf die komplette Organisation und den Bereich Finanzen der Verwaltung.

Er sieht es als notwendig an, auch die Firmen mit städtischer Beteiligung mit in diese Thematik einzubinden. Weiterhin sollten alle Ortschaftsräte angehört sowie alle Ausschüsse beteiligt werden. Erst danach wäre ein Beschluss des Stadtrates sinnvoll. Weiterhin führt er aus, dass sich eine Kommune dies leisten können müsste. Er nennt dabei als Beispiel die WWW, welche untersucht haben, die Dachflächen mit Photovoltaik auszustatten. Dabei kam heraus, dass dadurch die Mieten steigen würden, deshalb wurde dieses Vorhaben nicht umgesetzt.

Frau Pfauter bittet Herrn Walther um Auskunft, inwieweit bzw. welche Sanktionen drohen, wenn dies nicht umgesetzt wird und wer die Umsetzung kontrolliert.

Weiterhin ist aus den einzelnen Maßnahmen keine Zeitschiene erkennbar, in welchen die genannten Aufgaben umgesetzt werden sollen.

Hierzu teilt Herr Walther mit, dass Kommune zu einem jährlichen Bericht verpflichtet wird, in welcher Sie die Umsetzung mitteilen kann. Weiterhin ist genannt, bis 2035 als klimaneutrale Kommune zu gelten.

Herr Kunze sieht die Bezeichnung „Klimanotstand“ als zu drastisch an. Sein Vorschlag ist es, die Bezeichnung in „klimafreundliche Stadt“ umzubenennen.

Nach den Ausführungen von Herrn Kabisch-Böhme sollte man als Kommune als Vorbild voran gehen. Allerdings müssten die aufgeführten Aufgaben in den Ausschüssen beraten werden. Er macht darauf aufmerksam, dass der Stadtrat vor einiger Zeit ein Beschluss gefasst hat, keine Produkte anzuschaffen, die von „Kinderhand“ produziert werden. Näher geht er dabei auf die Herstellung der Batterien der E-Autos ein.

Herr Schilling sieht die vorliegende Thematik nicht als größten Notstand in der Stadt an. Er geht des Weiteren auf die Sicht des Rettungsdienstes ein und nennt einige Beispiele, die die Rettung aus Gebäuden oder E-Autos erheblich erschwert.

Frau Zwirnmann stellt folgenden Antrag:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, den Antrag in allen Gremien des Stadtrates und der Ortschaftsräte zu behandeln. Weiterhin sollen alle Firmen, in welchem die Stadt beteiligt ist, in die Beratung eingebunden werden. Erst nach den umfassenden Beratungen in den o.g. Gremien, soll der Stadtrat hierzu beschließen.

Der Umweltausschuss stimmt über den oben gestellten Antrag ab:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, den Antrag in allen Gremien des Stadtrates und der Ortschaftsräte zu behandeln. Weiterhin sollen alle Firmen, in welchem die Stadt beteiligt ist, in die Beratung eingebunden werden. Erst nach den umfassenden Beratungen in den o.g. Gremien, soll der Stadtrat hierzu beschließen.

Abstimmung:

Sachkundige Einwohner	dafür: 2	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Stadträte:	dafür: 7	dagegen: 1	Enthaltung: 0

Der Antrag von Frau Zwirnmann gilt damit als angenommen.

Weißenfels, 16.09.2019

F.d.R.

Münx
Protokollführerin